

Landtag «schluckt Kröte» zugunsten der Wirtschaft

MELANIE FETZ

VADUZ. Nur widerwillig stimmten gestern einige Landtagsabgeordnete für die Verordnung, die Neuerungen im Sozialversicherungssystem bringt. Einerseits werden zwar mit der Übernahme des Pakets Probleme gelöst, welche die versicherungsrechtliche Unterstellung im Verhältnis Schweiz-Liechtenstein betreffen. Künftig gibt es nämlich keine Doppelunterstellungen mehr. Arbeitet eine Person weniger als 25 Prozent im Wohnsitzstaat, so ist jenes Land zuständig, in dem die Haupterwerbstätigkeit ausgeübt wird. Die bisherige Verordnung bedeutete einen administrativen Mehraufwand für die Arbeitgeber und konnte auch zu einer versicherungsrechtlichen Schlechterstellung des betroffenen Arbeitnehmers führen. Die liechtensteinische Wirtschaft hatte daher seit Jahren eine Änderung gefordert. Andererseits entstehen durch die Übernahme der neuen Verordnung für die Arbeitslosenversicherung Mehrkosten in der Höhe von rund 2,7 Millionen Franken pro Jahr, da es



Bild: Daniel Schwendener

Auch Wolfgang Marxer sah die Vorlage kritisch.

die Schweiz im Sinne der Gleichbehandlung aller ihrer Nachbarstaaten ablehnt, den bislang mit Liechtenstein vereinbarten Erstattungsverzicht für Leistungen an arbeitslose Grenzgänger fortzuführen. Im Gegenzug habe die Übernahme aber zur Folge, dass in beiden Staaten erwerbstätige Grenzgänger wieder vermehrt in Liechtenstein versicherungspflichtig werden.

Politisch gesehen hätte ein Nein zur Vorlage fatale Signalfolgen, wie Aussenministerin Aurelia Frick anmerkte. So wäre es möglich, dass künftig auch

andere Sonderlösungen mit der Schweiz infrage gestellt würden.

«Für mich überwiegen hier die Vorteile», sagte VU-Fraktions-sprecher Christoph Wenaweser. Es werde Rechtssicherheit geschaffen und Unsicherheiten für Arbeitnehmer würden aus dem Weg geschafft. Auch für Judith Oehri (VU) ist klar: «Für mich überwiegt auch, dass die Wirtschaft die Vorlage will. Das andere ist eine Kröte, die wir schlucken müssen.» Manfred Batliner (FBP) schlug in eine ähnliche Kerbe: «Ich teile den Unmut. Aber für die Betriebe bedeutet die aktuelle Situation doch einen wesentlichen Mehraufwand. Es ist ja die Wirtschaft selbst, die die Vorlage begrüsst und welche die Arbeitslosenkasse finanziert.» Wolfgang Marxer (FL) stellte klar: «Eigentlich wollte ich der Lösung nicht zustimmen. Aber sie ist ja insofern keine Belastung für die Staatskasse. Aber ich werde die Wirtschaft daran erinnern, sollte sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt ändern, dass nicht einfach nach dem Staat gerufen werden kann.»